

(Abgeordneter Günther.)

(A) fassung durch ihn sowohl wie durch seinen Herrn Kommissar gehört. Das ist sein gutes Recht, immer für einen guten Etat, für gute Einnahmen, für einen guten Abschluß des Etats zu sorgen. Es ist aber auch seine Pflicht, dafür zu sorgen, daß keine Überspannung eintritt; und daß eine Steuerüberspannung in Friedensjahren vorhanden gewesen ist, das haben wohl meine zahlenmäßigen Ausführungen, die ich eben gemacht habe, bewiesen.

(Sehr richtig!)

Wenn also der Herr Finanzminister v. Seydewitz die Meinung vertritt, daß der Etat bezüglich seiner Einnahmen und Ausgaben zu optimistisch aufgestellt worden sei, und wenn der Herr Berichterstatter Abgeordneter Bauer heute ausdrücklich noch diesen Gedanken unterstrich, so bestreiten wir das gar nicht. Das ist nicht nur möglich, das wird sehr wahrscheinlich der Fall sein. Aber daran würde auch gar nichts geändert, ganz gleich, ob Sie die 6 Millionen Mark gemeinjährig nach dem Antrage Seyfert in Kap. 16 absetzen oder ob sie stehenbleiben. Meine Herren! Ich bin überzeugt, daß der Herr Finanzminister v. Seydewitz und seine verehrten Herren im Königlichen Finanzministerium vollständig davon überzeugt sind, daß dieser Antrag keinerlei Einfluß auf irgendein Kapitel des Etats ausüben kann. Die Sache liegt wohl so: Werden die 6 Millionen, also 12 Millionen für 1916/17 abgelehnt, so werden eben um diesen Betrag mehr Fahrzeuge vielleicht erst in den Jahren 1918 oder 1919 beschafft werden.

(Zuruf: 1920!)

Es kann auch 1920 herankommen, da will ich kein Prophet sein, um dann widerlegt zu werden. Dann dient der Steuerzuschlag von 12,3 Millionen Mark als Ausgleich für diese Ausgabe.

(Sehr richtig! in der Mitte.)

Wird der Antrag Dr. Seyfert angenommen, dann werden 12 Millionen Mark weniger für Fahrzeuge ausgegeben sein, dann braucht man eben den Zuschlag von 12,3 Millionen Mark nicht. Also irgendwelchen Einfluß hat der Steuerzuschlag auf keines der Etatkapitel außer Kap. 16, wie ich schon sagte. Ich meine, es ist ganz gleich, ob man die Einstellungen als optimistisch oder pessimistisch bezeichnet.

(Sehr richtig! in der Mitte.)

Wir sind der Meinung: Hat man früher die Überschüsse verwendet, um Anleihen zu sparen und aus

ihnen auch Ausgaben nicht verbender Art, z. B. für den Leipziger Bahnhof zu bestreiten, so ist es doch nur folgerichtig, Fehlbeträge, die sich während der Kriegszeit ergeben, auf dem Wege der Staatskredits flüssig zu machen.

(Sehr richtig! in der Mitte und bei der Fortschrittlichen Volkspartei.)

Von einer Defizitwirtschaft ist dabei gar keine Rede. Soweit aber die Einnahmen zur Verzinsung und Tilgung nicht ausreichen, muß dann selbstverständlich für die ausreichenden Einnahmen gesorgt werden, und wir werden uns dieser Verpflichtung, wenn die Zeit dazu gekommen ist, keinesfalls entziehen.

(Sehr richtig! bei der Fortschrittlichen Volkspartei.)

Dieser Zeitpunkt wird gekommen sein, wenn die im Lande stillliegenden und notleidenden Erwerbskreise sich wieder betätigen, wieder schaffen und arbeiten. Es ist auch eine Pflicht der königlichen Staatsregierung und insbesondere des königlichen Finanzministeriums, sich dieser Tatsache mehr, als es in den Steuerzuschlägen zum Ausdruck kommt, zu erinnern. Ich möchte dem königlichen Finanzministerium, das hier die Hauptverantwortung trägt, zurufen: Überspannen wir jetzt die Finanzkräfte unseres Volkes nicht, die vom Reiche, von den Einzelstaaten und von den Gemeinden überreichlich in Anspruch genommen werden!

(Sehr richtig! in der Mitte und bei der Fortschrittlichen Volkspartei.)

Ein alter Parlamentarier, der vor meiner Zeit der Kammer 18 Jahre angehört hat, zusammen noch mit dem Herrn Kollegen Dr. Hänel, dessen Namen ich nicht nennen will, faßte seine Meinung, als es sich einmal um die Frage neuer Steuern handelte, in die Worte zusammen — ich habe sie nur dem Sinne nach noch im Gedächtnisse: Es sei keine Kunst, neue Steuern zu bewilligen, namentlich dann, wenn diese immer von den anderen bezahlt werden müßten;

(Lebhafte Sehr richtig! in der Mitte und bei der Fortschrittlichen Volkspartei.)

die Kunst der Finanzpolitik sei, im Interesse der Volkswirtschaft die Finanzkraft des Volkes zu schonen.

Nach allem, was ich ausgeführt habe, liegt jetzt schon vom Standpunkte der königlichen Staatsregierung aus kein dringender Grund für die angeforderten Steuerzuschläge vor.